



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Vor dem Frühjahrsgipfel –

Prioritäten und Perspektiven für die Reformstrategie der EU

Dinner-Roundtable mit Herbert Reul, 18. März 2010, Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Vorfeld des Frühjahrsgipfels der Staats- und Regierungschefs vom 25.-26. März 2010 setzte sich Herbert Reul, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament, kritisch mit Prioritäten und Perspektiven der künftigen wirtschaftspolitischen Reformstrategie der Europäischen Union (Europa 2020) auseinander.

Einleitend stellte Reul in Frage, ob Zehnjahrespläne wie Europa 2020 in Zeiten schnellen wirtschaftlichen Wandels ein adäquates wirtschaftspolitisches Instrument darstellen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutliche, wie schnell sich die wirtschaftliche Lage verändern könne. Strategien, die Ziele und Kennziffern für zehn Jahre im Voraus festlegen, seien nicht geeignet, solchen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Das Scheitern der Lissabon-Strategie, der Vorgänger-Strategie von Europa 2020, müsse in diesem Zusammenhang als mahnendes Beispiel verstanden werden.

Zudem kritisierte Reul, Europa 2020 stelle einen Schnellschuss dar. Die Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Strategie setze eine gründliche Reflexionsphase voraus, in deren Folge Ziele definiert und entsprechende Instrumente bestimmt werden müssten. Sowohl die Europäische Kommission, die ihren Vorschlag am 03. März 2010 vorlegte, als auch das Europäische Parlament, das seine Entschließung nur eine Woche später verabschiedete, hätten sich nicht genügend Zeit zur kritischen Betrachtung gelassen. Exemplarisch wurde auf einige Fraktionen im Europäischen Parlament verwiesen, die es – so Reul – vorgezogen hätten, erst eine Entschließung zu verabschieden und anschließend in eine Reflexionsphase einzusteigen. Vor diesem Hintergrund sprach sich Reul dafür aus, Europa 2020 nicht bereits auf dem Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs am 25.-26. März 2010 festzuzurren.

Ferner wurde die einseitige Ausrichtung der Strategie auf die Bekämpfung des Klimawandels durch Förderung umweltfreundlicher Technologien kritisiert. Die Fokussierung auf ein Ziel und ein Instrument bedeute eine unzulässige Vereinfachung der Realität. Zahlreiche traditionelle Industriezweige, das Handwerk und Dienstleistungen, welche die aktuelle Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft ausmachten, würden auf diese Weise nicht berücksichtigt. Dieses Vorgehen habe zu Verstimmungen in den betroffenen Sektoren geführt. Reul forderte eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der schwierigen Lage der europäischen Industrie. In diesem Zusammenhang müsse es darum gehen, Stärken und Schwächen

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MÄRZ 2010

www.eukas.eu

herauszuarbeiten. Ferner wurde eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit der Klimafrage angeregt. Es müsse beispielsweise darüber gestritten werden, ob der amerikanische Ansatz, Innovation weitgehend ohne neue Regeln zu stimulieren, dem europäischen Regulierungsansatz nicht überlegen sei. Ferner müsse mehr Geld für Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ ausgegeben werden. Zudem sei es inkonsequent einerseits einen Kampf gegen den Klimawandel zu führen und andererseits den Ausstieg aus der Kernkraft, einer CO₂-armen Form der Energiegewinnung, zu forcieren. Vor diesem Hintergrund sprach sich Reul für eine differenzierte und kontrovers geführte Debatte zu den Folgen des Klimawandels auf die EU-Wirtschaft aus.

Im Anschluss an den Vortrag stellte ein Mitglied der Europäischen Kommission die Frage, warum Europa 2020 für die Mitgliedstaaten nicht rechtlich verbindlich gemacht werde. Exemplarisch wurde auf Erfolge mit rechtlich verbindlichen Regeln im Bereich des Binnenmarkts verwiesen. Reul betonte jedoch, der Erfolg von Europa 2020 hänge vom Einverständnis der Mitgliedstaaten mit der Reformstrategie ab. Daher sei es ratsam, auf einen partnerschaftlichen Ansatz und die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten anstatt auf Überwachung und Sanktionen zu setzen.

Eine weitere Stimme aus der Europäischen Kommission merkte an, die Reformstrategie werde erst im Rahmen der Tagung des Europäischen Rats im Juni beschlossen. Mithin bestünden noch Einwirkungsmöglichkeiten. Reul gab jedoch zu bedenken, dass erste Festlegungen künftige Beschlüsse determinierten. So werde das Europäische Parlament in der anstehenden Diskussion an seiner Entschließung vom 10. März festgemacht werden. Kritiker des Kommissionsvorschlags wurden aufgefordert, ihre Positionen klar zu formulieren und eine Diskussion zu entfachen.

Weiteren Stellungnahmen, die insbesondere auf die Fortschritte von Europa 2020 gegenüber der Lissabon-Strategie (z.B.: Definition spezifischer nationaler Ziele) eingingen, hielt Reul entgegen, eine Strategie, die von der Kommission diktiert werde, könne keine Erfolge zeitigen. Die Mitgliedstaaten, denen die Hauptverantwortung bei der Umsetzung von Europa 2020 zukommt, könnten keine Eigenverantwortung entwickeln, wenn sie die Strategie nicht als ihr eigenes Projekt perzipierten. Innerhalb des Europäischen Parlaments müsse eine ernsthaftere Debatte zu Europa 2020 ausgetragen werden. Das Europäische Parlament müsse den Mut haben, „Nein“ zu Teilaspekten der Strategie zu sagen. Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise hätten die Menschen kein Verständnis für eine Bekämpfung des Klimawandels ohne Rücksicht auf die Entwicklung der europäischen Industrie. Reul erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ablehnung des SWIFT-Abkommens im Europäischen Parlament. Der enge Zeitplan, der eine Festlegung der inhaltlichen Ausrichtung, der Kernziele sowie der Steuerung bereits für den Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs Ende März vorsieht, sei ebenfalls nicht dazu angetan, die EU-Bürger mitzunehmen.

Joscha Ritz